



STANDPUNKT

focus 5/17
September

Ist der digitale Staat ein besserer Staat?



Adrian Ritz
Professor für Public
Management an der
Universität Bern

Digitalisierung ist in aller Munde. Und mit Smart Government, Smart Cities usw. verhält es sich gleich. Steht uns die neue Revolution bevor? Nein! Denn der technologische Wandel hin zur Informationsgesellschaft hat vor Jahrzehnten mit der Einführung des Computers im Berufsalltag begonnen. Dennoch befinden wir uns in einer Zeit, in der die massentaugliche Anwendung digitaler Technologien und die Analyse von Unmengen von Daten zu zentralen Treibern der intelligenten Vernetzung von Kommunikationstechnologien werden. Daraus resultieren neue Interaktionsformen zwischen Staat und Gesellschaft. Sind diese erfolgreich, dann rückt Smart Government in Reichweite.

Die intelligente Verknüpfung von Daten aus einer Vielzahl von Quellen ermöglicht Informationen so zu verarbeiten, dass die Entscheidungsfindung besser wird. Im Sicherheitsbereich werden Brennpunkte optimal überwacht, bei der Verkehrssteuerung reagieren Verkehrsleitsysteme auf das Verkehrsaufkommen, bei der Abfallbewirtschaftung werden Sammelstellen nur bei Bedarf geleert, in der Gesundheitsversorgung helfen Patientendaten Therapien zu verbessern. Und die Datenvernetzung bietet gerade auch für Städte neue Möglichkeiten. Ziel ist die Nutzung des

einzelnen Einwohners als Informationsquelle, sprich als eigentlichen Sensor. Das Individuum liefert laufend Standort-, Interaktions- und Verbrauchsdaten und ermöglicht so den steten Dialog zwischen der Stadt und ihren Einwohnern. Der Mensch wird also Teil der technologischen Infrastruktur einer Stadt, welche ihrerseits durch Computertechnologie die Informationen verarbeitet und nutzbar macht.

Die neuen Technologien sind zentral für die Verwaltungsmodernisierung. Mit dem Einsatz von digitaler Technologie verbinden sich aber auch Herausforderungen: die neuen Systeme sind für Missbräuche anfällig, Diskriminierung aufgrund sensibler Informationen ist möglich, die Expertenabhängigkeit wird grösser und die Kosten für Systemaufbau und -unterhalt sind nicht zu unterschätzen. Den Gemeinwesen empfiehlt sich zudem der aktive Erfahrungsaustausch, um die «Gigs und Gags» der Tech-Welt bewerten zu können. Letztlich muss sich die Digitalisierung auf dem Prüfstand grundlegender staatlicher Werte bewähren: Werden Transparenz und Responsivität für alle erhöht? Wird Partizipation gestärkt? Nimmt die Effektivität staatlichen Handelns zu? Werden Ressourcen effizienter eingesetzt? Wird der Schutz der Privatsphäre gewährt oder leiden Rechtsicherheit und Legalität?

Hilft der Einsatz digitaler Technologien der Modernisierung von Staat und Verwaltung unter Einbezug dieser Werte, dann wird Smart Government zur Realität und der digitale Staat ein besserer Staat.

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Digitalisierung verändert unser Leben grundlegend und macht auch vor den Toren der Stadtverwaltung nicht halt. Für die öffentliche Hand stellen sich dabei grundlegende Fragen: Welche politischen Rahmenbedingungen sind für die erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung nötig? Sollen sich Stadtverwaltungen möglichst innovativ digitalisieren oder eher zuwarten und sich Schritt für Schritt anpassen? Und schafft die Digitalisierung tatsächlich mehr Bürgerpartizipation?

Die aktuelle focus-Ausgabe widmet sich den unterschiedlichen Fragestellungen rund um die Digitalisierung. Der Städteverband organisiert zudem am 2. November eine Tagung zur Digitalisierung. Melden Sie sich noch heute für die Veranstaltung an! Detaillierte Informationen zur Tagung finden Sie auf www.staedteverband.ch.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Wollen wir Herren oder Knechte des technischen Fortschritts sein?»


Dolfi Müller
Stadtpräsident von Zug

Dolfi Müller wurde 1955 in Zug geboren. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern und hat ein Lizentiat in Volkswirtschaft und in Jurisprudenz. Von Beruf war er selbständiger Anwalt und Lehrer für Wirtschaft und Recht an der Kanti Zug. Vor seinem Wechsel in die städtische Exekutive ab 2003 war er 20 Jahre Mitglied des städtischen Parlaments. Bis 2006 amtierte er als Bauchef. Seither ist er Stadtpräsident.

2016 ermöglichte die Stadt Zug als erste Behörde weltweit Gebühren bis 200 Franken in Bitcoin zu zahlen. Wie wird das Angebot heute genutzt?

Bei der Einwohnerkontrolle wurde Bitcoin bisher über 40 Mal als Zahlungsmittel eingesetzt. Der Stadtrat hat den vorerst bis Ende 2016 geplanten Versuch verlängert.

Weshalb entschieden Sie sich als Stadtpräsident hier eine Vorreiterrolle einzunehmen?

Zug ist eine ausgesprochen weltoffene Kleinstadt. Bei uns leben und arbeiten Menschen aus 125 Nationen. Bei der Entstehung des Leitbildes «Stadtidee Zug 2035» haben wir uns mit der Zuger DNA auseinandergesetzt. Nebst den kurzen Wegen und dem internationalen Austausch ist Zug durch eine pragmatische Machermentalität geprägt.

Blockchain und Bitcoin sind heute in aller Munde. Deshalb liess sich der Stadtrat über die neuen Technologien aus erster Hand informieren. Beim anschliessenden gemeinsamen Mittagessen wurde die Bitcoin-Idee geboren und ohne lange Rückfragen in die Tat umgesetzt.

In den letzten Jahren haben sich immer mehr Fintech-Firmen in Zug angesiedelt. Weshalb wird gerade Zug zum «Crypto Valley»?

Der in Zug wohnhafte Blockchain-Experte Johan Gevers sagt es so: «Wir sind in die Schweiz gekommen, weil die Blockchain-Technologie demokratisch und dezentral

funktioniert. Da seid ihr dem Rest der Welt voraus.» Die Stärke der Kleinstadt Zug beruht auf kurzen Wegen und einem gewissen Pragmatismus, wie ihn der Stadtrat beim Bitcoin-Entscheid vorgelebt hat. Das wurde von den Firmen des 2014 hier gegründeten Crypto Valley sehr positiv aufgenommen. Auf dieser Basis finden immer wieder Tischgespräche zwischen Politik, Fachhochschule und Wirtschaft statt. Und es entstehen neue Ideen, wie die im Juli vorgestellte Stadtzuger «Digital ID on blockchain». Wie beim Bitcoin-Entscheid gab es auch hier weltweites Medieninteresse.

Welche weiteren Digitalisierungsprojekte werden in der Zuger Stadtverwaltung geplant oder umgesetzt?

Parallel zur Pflege des Zuger USP bei den Blockchain-Massnahmen entwickeln wir momentan eine Strategie zur Verbesserung der Verwaltungsabläufe. Von grosser Bedeutung ist die Umsetzung von digitalen Anwendungen, die messbaren Nutzen stiften.

Schafft Digitalisierung mehr Bürgerpartizipation? Oder entfernt sich die Verwaltung gar von den Bürgerinnen und Bürgern?

Die Menschen in Zug sind nur für die Digitalisierung zu gewinnen, wenn sie die Angebote als Verbesserung ihres täglichen Lebens wahrnehmen. Die digitale ID schafft die Möglichkeit von Konsultativabstimmungen, mit denen wir die Akzeptanz gewisser Massnahmen abfragen können. Konkret sind

einfache Zahlungsverfahren für städtische Leistungen im öffentlichen Raum wie Parkplatzgebühren, Velomiete und die Buchung von Plakatstellen denkbar. Interessant sind auch Smartcity-Projekte mit Sensoren bei der Abfall- oder Parkraumbewirtschaftung. Es ist nicht ganz zufällig, dass die SBB und Mobility die Stadt Zug für ihre Testphase mit führerlosen Kleinbussen ausgewählt haben.

Inwiefern verändern sich die Anforderungen an die Verwaltung und die Mitarbeitenden?

Die neue Welt kommt, ob wir sie wollen oder nicht. Das ist unseren Mitarbeitenden bewusst. Indem wir uns der neuen Welt stellen, bauen wir Schritt für Schritt Berührungsängste ab. Technologische Innovation geht aber nicht ohne soziale Innovation. Letztlich geht es um die Frage, ob wir künftig Herren oder Knechte des technologischen Fortschritts sein wollen.

Wo sehen Sie die Stadt Zug in 20 Jahren?

Wenn Zug anpassungsfähig bleibt, werden wir die Zukunft meistern. Vor 500 Jahren haben die Zuger Handwerker ihre Söhne ins Ausland geschickt, um das Handwerk des Silberschmieds zu lernen. Sie hatten gemerkt, dass das Kloster Einsiedeln seine Silbermonstranzen nicht mehr im reformierten Zürich kaufen wird. Vor rund 80 Jahren ist in Zug ein Steuergesetz entstanden, mit dem wir für die kommende Globalisierung gerüstet waren. Jetzt setzen wir uns bewusst mit der Digitalisierung auseinander.

THEMA

Digitalisierung der Städte: die Bürgerinnen und Bürger im Zentrum der Überlegungen

Obwohl die Bevölkerung immer stärker digitale Dienste nachfragt, tun sich die öffentlichen Körperschaften schwer, die Digitalisierung als eine strategische Herausforderung zu betrachten. Dabei ist es heute unerlässlich, die Digitalisierung zu einem eigenständigen Politikfeld der öffentlichen Hand zu machen, da andernfalls eine neue, bereits im Gang befindliche Revolution verschlafen würde.



Natacha Litzistorf

Stadträtin von Lausanne,
Vorsitzende der Delegation «Informatik» der Stadt Lausanne

Strategische Herausforderung und konsequentes politisches Handeln. Unsere Gesellschaft wird digital. Das ist eine Tatsache. In der Stadt Lausanne, wo wir uns dieser strategischen Herausforderung bewusst sind, haben wir «die nachhaltige digitale Stadt» in unserem Programm für die aktuelle Legislaturperiode verankert. Wir gehen damit eine Verpflichtung ein, an deren Einhaltung wir bei den nächsten Wahlen gemessen werden. Dieser Fahrplan gibt den Kurs vor, den wir halten müssen.

«Die Digitalisierung kann helfen, eine grössere Nähe zur Bevölkerung herzustellen. Sie muss erste Zielgruppe sein.»

Chance. Wir sollten die Chance ergreifen, die uns die Digitalisierung bietet: die Erneuerung. Dabei gilt es, sich noch einmal gezielt die richtigen Fragen nach dem Zweck des Handelns der öffentlichen Hand und nach dessen Optimierung zu stellen. Wir haben heute die Gelegenheit, ein E-Government zu entwickeln, um das Handeln der öffentlichen Hand zu modernisieren, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern und dauerhaft eine Kultur der Partizipation zu verankern. Zuerst kann uns die Digitalisierung helfen, eine grössere Nähe zur Bevölkerung herzustellen. Sie muss die erste Zielgruppe sein. Die Ziele sind klar: administrative Vereinfachungen, Erleichterung des Alltags sowie Schnelligkeit in allen Bereichen. Ein gutes Big-Data-Management ermöglicht ausserdem die Entwicklung innovativer Dienstleistungen für die Bevölkerung. Warum sollte zum Beispiel an Stellen, an denen die Daten auf ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in der

Nacht hinweisen, nicht die Beleuchtung verbessert werden? So könnte eine Vielzahl von Dienstleistungen angeboten werden.

Risiken. Es ist unerlässlich, die Risiken zu erkennen und zu managen. Genau dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Dispositivs der Stadt Lausanne. Hier geht es in erster Linie um eine der grossen Herausforderungen dieses Jahrhunderts: den Datenschutz. Ein neues Bundesgesetz über den Datenschutz wird hier seine Wirkung entfalten. Wir müssen für die nötige Kontrolle der Entwicklungen sorgen, damit die Bürgerinnen und Bürger uns vertrauen, dass wir sie in diesem Bereich schützen. Darüber hinaus gibt es das Risiko, dass eine soziale Kluft sowie eine Kluft zwischen den Generationen oder einzelnen Regionen entstehen. Diese Risiken dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Daher müssen wir das gesamte Spektrum der Auswirkungen auf die Gesellschaft betrachten und gleichermassen solide und sichere Lösungen anbieten.

Massnahmen. In der Praxis erfolgt die Digitalisierung über ein alle unsere Standorte abdeckendes Breitbandnetz, eine virtuelle Infrastruktur sowie über moderne und nachhaltige Rechenzentren – alles mit kontrollierbaren Kosten in vertretbaren Grenzen. Eckpfeiler sind spezifische Leitbilder für jede Abteilung, mit denen wir vor drei Jahren begonnen haben. Ziel ist es, in einem Jahr über ein Meta-Leitbild für die nachhaltige digitale Stadt zu verfügen, das die Strategie flankiert. Schliesslich zielt unser Ansatz auf eine Digitalisierung im Sinne der Nachhaltigkeit ab, das heisst auf eine Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung. Ein weiteres Anliegen ist die intelligente Nutzung der Software. Dementsprechend entwickeln wir Open-source-Lösungen, die es ermöglichen, dass andere Abteilungen unserer Verwaltung Projekte «wiederverwenden» können. So setzten wir ein Projekt für das Management von tagsüber bzw. nachts ge-

öffneten Betrieben um, führten ein Tool für die Polizei ein, mit dem sich die Standorte von Veranstaltungen lokalisieren lassen, und entwickelten ein System für eine intelligente Beleuchtung im öffentlichen Raum. Aktuell planen wir die Entwicklung von Meldeformularen zur Einwohnerkontrolle, von intelligenten Systemen für die Verkehrszählung, von zentralen Anlaufstellen etc.

«Wir entwickeln Open-source-Lösungen, die es ermöglichen, dass andere Abteilungen Projekte 'wiederverwenden' können.»

Partnerschaft mit der Wirtschaft. Sowohl die Sharing Economy als auch die Plattform-Ökonomie gewinnen aktuell sehr stark an Bedeutung. Die öffentlichen Körperschaften müssen als Ansprechperson in Bezug auf diese Modelle auf dem neusten Stand sein. Somit ist die Wirtschaft eine weitere Zielgruppe, der besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Weiterentwicklung des Nationalstaates. Durch die Digitalisierung haben wir es mit einer neuen Art der Politik der öffentlichen Hand zu tun: einer Politik, die auf dem Teilen der Macht mit der Bevölkerung sowie einer Nutzung ihrer fachlichen Kompetenzen basiert. Ohne eine Allianz mit den Nutzern ist keine Digitalisierung möglich. Die Bürgerinnen und Bürger wirken aktiv an der Entwicklung mit. Vielleicht ist das die grösste Revolution. Es erfordert eine tiefgreifende Veränderung unseres Denkens und einiger administrativer Prozesse. Es muss eine neue Form der Führung entstehen, und wie jede Veränderung schürt auch diese Entwicklung Ängste und Vorbehalte. Die Politik des Abwartens war jedoch noch nie ein guter Ratgeber. Ohne gleich «Der Nationalstaat ist tot, es lebe der Plattform-Staat» zu verkünden, sollten wir mit Blick auf die Zukunft dennoch eine Weiterentwicklung des Nationalstaates ins Auge fassen.

Bündelung der Kräfte. Um der Digitalisierung optimal Rechnung zu tragen, ist es unerlässlich, unsere Erfahrungen und Fachkompetenzen zwischen den Städten auszutauschen. Genau hier spielt der Schweizerische Städteverband eine entscheidende Rolle.

POLITIK

Ausblick auf die Herbstsession

Während das Stimmvolk dieses Jahr über keine Initiativen zu befinden hat, sind in der Herbstsession im Parlament gleich mehrere Volksbegehren zur Vorberatung traktandiert. Unter anderem befasst sich der Nationalrat mit dem Begehren zur Abschaffung der Billag-Gebühren und mit der Rasa-Initiative. Letztere möchte den durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative eingeführten Verfassungsartikel wieder streichen. Ebenfalls zur Debatte stehen der Um- und Ausbau des Stromnetzes, die Sammlung und Entsorgung von Elektrogeräten sowie der Status der vorläufigen Aufnahme von Ausländerinnen und Ausländern.

Umstrittene Radio- und Fernsehgebühren

Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» ohne Gegenentwurf abzulehnen. Für ihn hätte die Annahme der Initiative eine drastische Reduktion des Leistungsangebots zur Folge. Ausserdem befürchtet er, dass kleinere Sprachgemeinschaften besonders hart betroffen wären. Auch wenn sich der Ständerat dem Bundesrat und der vorberatenden Kommission anschliessen und die Initiative ablehnen sollte, ist eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgaben des gebührenfinanzierten Service public zu erwarten. Für

die Befürworter des Begehrens stellen die Gebühren nämlich eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit dar, welche Medien sie konsumieren möchten.

Energieversorgung langfristig sicherstellen

Der Ständerat wird sich an die Bereinigung der Differenzen zur Vorlage über den Um- und Ausbau des Stromnetzes machen. Uneinigkeit zwischen den Räten besteht unter anderem darüber, ob die Installation von Mess- und Steuersystemen nur den Netzbetreibern vorbehalten werden soll und ob beim Einsatz von intelligenten Steuer- und Regelsystemen eine aktive Zustimmung der Betroffenen nötig sein soll. Im Nationalrat stehen im Zusammenhang mit der Vorlage Massnahmen zur Unterstützung der Wasserkraft zur Debatte. Die Nationalratskommission schlägt vor, dass die Verbraucher in der Grundversorgung nur noch Strom aus Wasserkraft erhalten sollen. Das Modell des Ständerats hingegen will Stromunternehmen wieder erlauben, die Kosten der Eigenproduktion vollständig den gebundenen Kunden in der Grundversorgung anzulasten.

Entlastung kommunaler Sammelstellen

Weil die Konsumentinnen und Konsumenten Elektrogeräte vermehrt direkt im Aus-

land oder im Internet kaufen, fehlt Geld für das Recycling. Finanziert wird dieses heute mit vorgezogenen Recyclingbeiträgen, welche die Hersteller und Importeure freiwillig bezahlen. Somit müssen die kantonalen Abfallzweckverbände und die kommunalen Sammelstellen zunehmend für die Recyclingkosten der alten Geräte aufkommen. Ein Postulat von Ständerat Hegglin fordert vom Bundesrat einen Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung der Rücknahme von Elektrogeräten. Die UREK-S lehnte das Postulat am 5. September einstimmig ab und formulierte stattdessen eine eigene Motion. Der Bundesrat wird beauftragt, das Prinzip «Obligatorium mit Befreiungsmöglichkeit» umzusetzen und sicherzustellen, dass Online-Händler das System nicht mehr unterlaufen.

Arbeitsintegration verbessern

Nach der Annahme im Nationalrat befindet der Ständerat über die Motion zum Ersatz des aktuell geltenden Asyl-Status der vorläufigen Aufnahme durch einen Status, der eine länger dauernde Schutzgewährung ermöglicht. Dadurch soll die Situation der betroffenen Personen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt verbessert und ihre Integration erleichtert werden. Der Städteverband begrüsst die Motion.

Vernehmlassungen

NAF: Für stadtgerechte Umsetzung braucht es noch Anpassungen

Nach dem Ja zum NAF geht es nun an die Umsetzung auf Verordnungsebene. Der SSV begrüsst zahlreiche vorgeschlagene Anpassungen. Damit der NAF seine positive Wirkung in Städten und Agglomerationen entfalten kann, sind aber weitere Änderungen nötig. Festgehalten werden muss u.a., dass die Gemeinden in Entscheide einbezogen werden, die sie betreffen – z.B. bei Verkehrsmanagementplänen oder der Liste der beitragsberechtigten Gemeinden.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Boden und Wohnraum sind in vielen Städten knapp. Viele SSV-Mitglieder fordern daher, dass die Flächen der hiesigen

Bevölkerung vorbehalten bleiben. Ein Teil der Städte befürwortet deshalb die geplante Verschärfung beim Grundstückserwerb für Ausländer, andere sehen keine Notwendigkeit dafür. Auch die vorgeschlagene Lockerung der «Lex Koller» bezüglich Zugang zu Genossenschaftswohnungen für Staatsangehörige aussereuropäischer Länder (Postulat Hodgers) wird unterschiedlich beurteilt.

Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement

Die SSV-Mitglieder unterstützen die Aufstockung des Fonds ausdrücklich. Zahlreiche Städte sind für eine Erhöhung der Mittel auf 350 Mio. Franken von 2020 bis 2029. Dass der Rahmenkredit nur in Kraft tritt, wenn die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zurückgezogen oder abgelehnt wird, ist allerdings

unverständlich. Eine Verknüpfung von Fonds und Initiative wird deshalb abgelehnt.

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

Der Bundesrat will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und negative Erwerbsanreize im Steuersystem reduzieren. Er schlägt vor, dass kantonal eine Mindestobergrenze für den Abzug der Kinderdrittbetreuungskosten von 10 000 Franken festgesetzt wird. Die Mehrheit der Städte befürwortet dies, eine Minderheit sieht darin einen ungerechtfertigten Eingriff in die Steuerautonomie der Kantone.

Weitere Vernehmlassungen unter: www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Studie zur Entwicklung und den Trends des städtischen Arbeitsplatzes



Der städtische Arbeitsplatz hat sich in den letzten 20 Jahren stark gewandelt. Während die Kreativwirtschaft in vielen Städten boomt, gerät das Gewerbe weiter unter Druck, wie eine Studie im Auftrag des Städteverbandes und der Stadt Zürich zeigt. Gemäss Studie, die an der Jahresmedienkonferenz des Städteverbandes am 16. August in Bern vorgestellt wurde, bestehen für Hightech-Unternehmen, die Kreativwirtschaft und einzelne Gewerbezweige gute Aussichten, sich in den Städten zu behaupten. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz um Flächen dürfte die gewerblich-industrielle Produktion insgesamt künftig aber noch stärker ins Umland abgedrängt werden. Die Städte sind daher gefordert. Ein aktives Flächenmanagement, flexible Zoneneinteilungen oder administrative Erleichterungen sind mögliche Instrumente, um den Arbeitsplatz in der Stadt zu stärken. Chancen bieten auch die neuen Möglichkeiten der digitalen Vernetzung und der Industrie 4.0.

www.staedteverband.ch

Zentrumslasten der Städte sind weiterhin ungenügend abgegolten



Viele städtische Leistungen kommen auch der auswärtigen Bevölkerung zugute. Nicht immer werden die Städte dafür ausreichend entschädigt, wie eine Studie der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD zeigt. Die Städte haben deshalb an einer Medienkonferenz in Bern eine faire Abgeltung ihrer Zentrumslasten gefordert. Zwar präsentiert sich die Situation von Stadt zu Stadt unterschiedlich, doch verbleiben unter dem Strich überall wesentliche ungedeckte Zentrumslasten. An der Studie beteiligten sich Bern, Biel, Genf, Gossau, Kloten, Lausanne, Luzern, Solothurn und St.Gallen.

www.ksfd.ch

OKI propagiert ein nationales Sammelsystem für Plastikflaschen



Die getrennte Sammlung von recycelbaren Abfällen ist besser als die gemischte Sammlung – auch bei Kunststoffen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie im Auftrag

von acht Kantonen, verschiedenen Verbänden – darunter die Organisation Kommunale Infrastruktur OKI – und dem Bundesamt für Umwelt BAFU. Gemischte Kunststoffsammlungen bringen demnach nur einen geringen zusätzlichen Umweltnutzen, da längst nicht alles recycelt werden kann, was gemischt gesammelt wird. Damit sehen sich die OKI, der Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen und Swiss Recycling in ihrer Position bestätigt. OKI propagiert ein schweizweites Recyclingsystem mit verursachergerechter Finanzierung für Plastikflaschen und Getränkekartons.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Schweizerischer Städtetag zur Sharing Economy in Montreux



Rund 220 Delegierten und Gäste des Städteverbandes haben sich am 31. August und 1. September in Montreux zum Schweizerischen Städtetag getroffen. Der Anlass war dieses Jahr der Sharing Economy in der Stadt gewidmet. Bundesrat Didier Burkhalter erinnerte in seiner Ansprache daran, dass Städte besonders stark und frühzeitig von neuen Entwicklungen in einer sich schnell bewegenden Welt betroffen sind. Die Generalversammlung wählte Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin von Basel-Stadt, Alec von Graffenried, Stadtpräsident von Bern, und Nationalrat Laurent Wehrli, Stadtpräsident von Montreux in den Vorstand des Städteverbandes.

www.staedteverband.ch

Städteverband in Arbeitsgruppe zur Grundversorgung mit Postdiensten



Im Rahmen eines Runden Tisches hat sich Bundespräsidentin Doris Leuthard am 22. August mit Vertreterinnen und Vertretern der Post, der VDK, des Städte- und des Gemeindeverbandes sowie der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete zu einem Austausch zur Post getroffen. Die Teilnehmenden wünschten eine bessere Information und einen ergebnisoffenen Dialog der Post mit den betroffenen Gemeinden. Zudem wurden regionale und transparente Erreichbarkeitskriterien für die Grundversorgung gefordert. Leuthard setzte daraufhin eine Arbeitsgruppe ein, der auch der Städteverband angehört.

www.uvek.admin.ch

Kurzmeldungen

Handbuch Quartierentwicklung

Die Erfahrungen aus dem Bundesprogramm «Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten» sind im kürzlich publizierten Handbuch zusammengefasst. Das Arbeitsinstrument bildet einen Orientierungsrahmen, um Entscheidungsträger aus Verwaltung und Politik zu ermuntern und zu befähigen, Quartierentwicklungsprojekte anzugehen.

www.are.admin.ch

ÖREB-Kataster zur Digitalisierung

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) ist ein Beispiel für die Digitalisierung von Geschäftsprozessen der Verwaltung. Den Benutzerinnen und Benutzern stehen alle ÖREB, die ein Grundstück betreffen, digital und aktuell zur Verfügung. Am 8. November findet dazu eine Infoveranstaltung statt.

www.cadastre.ch/oereb

Innovative Mobilitätsprojekte gesucht

Die Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität KOMO fördert die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen für zukunftsweisende Mobilitätsformen. Innovative Projekte können bis zum 31. Oktober 2017 eingereicht werden.

www.energieschweiz.ch/komo

Leitfaden Werterhalt auf Französisch

Die Organisation Kommunale Infrastruktur OKI, SSV und SGV haben den Leitfaden «Walterhalt» neu herausgegeben. Ab sofort kann auch die französischsprachige Ausgabe als E-Dokument im Webshop der OKI bezogen werden.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Event Performance Index

Die Forschungsstelle Tourismus der Universität Bern hat einen Leitfaden zur Bewertung von Events am Beispiel der Gemeinde Saanen entwickelt. Er soll öffentlichen Institutionen helfen, eine möglichst faire, transparente und wirkungsvolle Unterstützungspraxis sowie eine systematische Vorgehensweise für die finanzielle Unterstützung von Events umzusetzen.

www.cred-t.unibe.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 17. Oktober 2017** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: www.lebendige-quartiere.ch
- 2. November 2017** **Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt»** in Solothurn
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14. November 2017** **Tagung Kunststoffsammlung und -recycling** in Bern
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 22. September 2017** **Fachveranstaltung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch
- 26./27. Oktober 2017** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Lugano
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 3. November 2017** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative .ch

Weitere Organisationen

- 21. September 2017** **sia-Tagung «Mehr als Gestaltung. Öffentliche Plätze 4.0»** in Zürich (Patronat SSV)
Information: www.sia.ch
- 22. September 2017** **Schweizer Wohnbaugenossenschaften «Wohnen für alle: Wunschtraum oder Wirklichkeit?»** in Luzern
Information: www.forum-wohnen.ch
- 3. Oktober 2017** **Swiss Esco Summit** in Zürich
Information: www.swissesco.ch
- 26./27. Oktober 2017** **Nationale Föderalismuskonferenz 2017** in Montreux
Information: www.föderalismus2017.ch
- 9. November 2017** **Grenchner Wohntage** in Grenchen
Information: www.bwo.admin.ch
- 22. November 2017** **digma-Tagung zum Datenschutz 2017** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.schulthess.com

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Miriam Flury, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1; Universität Bern; Bild Seite 2: zvg; Bild Seite 3: Stadt Lausanne
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch